

Pressemitteilung
der Koalition SPD, Freie Wähler, FDP



Riskantes Spiel der CDU

Mörfelden-Walldorf, den 27.01.2017

Die CDU schlägt vor, die Gewerbesteuereinnahmen für 2017 mit 17,8 Mio. € anstatt der veranschlagten 16,2 Mio. € anzusetzen. Die Koalition hält dies für unrealistisch und höchst riskant.

Es ist richtig, dass die Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2016 aufgrund von Einmaleffekten deutlich höher lagen. Der Mittelwert der Jahre 2011-2015 beträgt jedoch nur ca. 15,9 Mio. € (Einzelwerte zwischen 14,9 und 16,8 Mio. €). Der Konsolidierungsvertrag zwischen der Stadt Mörfelden-Walldorf und dem Land Hessen schreibt vor, dass „Prognosen vorsichtig zu treffen“ sind. „Alle vorhersehbaren Risiken sind zu berücksichtigen. Erträge sind nur in der Höhe anzusetzen, wie sie mit hoher Wahrscheinlichkeit realisiert werden können“.

Nachdem die Haushaltsansätze bei der Gewerbesteuer in 2013 und 2014 in der Nachbetrachtung deutlich zu hoch angesetzt waren und das Regierungspräsidium dies bereits in der Vergangenheit kritisiert hat, wird das Regierungspräsidium dies kein drittes Mal zulassen und den Haushalt so nicht genehmigen. „Die Rechnung der CDU ist unseriös und nach den Richtlinien des Schutzschirmvertrages von den Aufsichtsbehörden objektiv nicht genehmigungsfähig“, führt Alexander Best, Fraktionsvorsitzender der SPD hierzu aus.

Ganz entscheidend für die Regierungskoalition aus SPD, FW & FDP ist das Einhalten der Konsolidierungsziele, insbesondere auch für den Fall, dass mögliche Risiken in den Jahren 2017/18 eintreten. Dies können z.B. geringere Steuereinnahmen aus Gewerbe-, Einkommens- oder Umsatzsteuer oder eine weitere Steigerung der Kreis- und/oder der Schulumlage sein.

„Die CDU setzt bei ihrer Rechnung ausschließlich auf das Prinzip Hoffnung, welches auch dazu beigetragen hat, dass die Finanzen der Stadt in diese dramatische Lage gekommen sind, die uns nun zu den jetzt eingeleiteten Maßnahmen zwingt“, erklärt der Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler Burkhard Ziegler.

Eine Verletzung der vertraglichen Schutzschirm-Verpflichtungen muss verhindert werden, da sie zu einer Einstellung und Rückabwicklung der Landes-Hilfen führen kann. Im schlimmsten Fall bedeutet dies, dass die vom Land abzulösenden Schulden von ca. 18 Mio. € wieder alleine von den Bürgerinnen und Bürgern von Mörfelden-Walldorf zu tragen sind. Dieses Risiko können und wollen wir als die in der Verantwortung stehende Koalition nicht eingehen. „Für Mörfelden-Walldorf ist es wichtig, dass wir mit einer verlässlichen Politik 2018 den Schutzschirm sicher verlassen und weiterhin sowohl Spar- wie Konsolidierungsfortschritte machen“, erklärt der FDP-Fraktionsvorsitzende Carsten Röcken.

Das Thema Schuldenabbau wird uns auch noch die nächsten Jahrzehnte im Haushalt beschäftigen. Es gilt, die verbleibenden Kassenkreditschulden in Höhe von fast 50 Mio. € zu tilgen. Dazu sind jährlich Haushaltsüberschüsse in der Größenordnung von mehr als 1 Mio. € notwendig.

Die Koalition hat sich darauf verständigt, weitere Spar- und Optimierungsmöglichkeiten innerhalb der Verwaltung zu identifizieren und umzusetzen. Ganz klares Ziel ist es, mit dem erfolgreichen Verlassen des Schutzschirmes die Grundsteuer B so schnell wie möglich wieder zu reduzieren. Eine Rückführung auf die Werte vor Eintritt in den Schutzschirm ist durch die von der Landesregierung mit dem Schutzschirm erzwungene Umstrukturierung der Finanzierung der Kommunen realistisch nicht mehr möglich. Abhängig von den künftigen Rahmenbedingungen bleibt es aber das Ziel der Koalition, die Grundsteuer B soweit wie möglich zurückzunehmen.

Alexander Best, SPD

Burkhard Ziegler, FREIE WÄHLER

Carsten Röcken, FDP